

STIMME UND GEGENSTIMME

KLARHEIT DURCH INTELLIGENTE ANALYTIKER
WENIGGEHÖRTES - VOM VOLK FÜRS VOLK!
FREI UND UNENTGELTICH
INSPIRIEREND
S&G

NICHT GLÄSERNE BÜRGER - GLÄSERNE MEDIEN,
POLITIKER, FINANZMOGULE BRAUCHEN WIR!
WELTGESCHEHEN UNTER
DER VOLKSLUPE
S&G



HAND-EXPRESS

DIE VÖLKER HABEN EIN RECHT AUF STIMME UND GEGENSTIMME

~ AUSGABE 10/14 ~

INTRO

Wie nachfolgende Artikel auch wieder bestätigen, scheint dem Betrug am Volk keine Grenze gesetzt zu sein. Doch jetzt ist die Zeit gekommen, wo die Völker erwachen und immer mehr Bürger erkennen wie sie um ihr Hab und Gut gebracht werden. Darum hat sich zum Beispiel in Deutschland eine überparteiliche Bürgerinitiative gebildet, um wenigstens einen kleinen Teil ihrer Goldreserven heimzuholen.

Auch ist vielen Menschen nicht bewusst, dass Deutschland bis 2010 für den Ersten Weltkrieg bezahlen musste. Ist dies verhältnismässig und gerecht?

Solche Fragen wollen wir mit dieser S&G-Ausgabe aufwerfen.

Tragen wir diese Nachrichten weiter, bis über jeder Ungerechtigkeit Recht gesprochen ist.

Die Redaktion (brm.)

Hat die FED Deutschlands Goldreserven gestohlen?

hoj. Die Deutsche Bundesbank besitzt ca. 3.400 Tonnen physischen Goldes, eine Milliardenreserve, die nach einem immer wahrscheinlicher werdenden Scheitern des Euro dringend gebraucht würde. Doch lagert von diesem Goldschatz lediglich ein Drittel in Deutschland. Der größte Teil liegt seit den 50er und 60er Jahren in den Kellern der US-Notenbank FED. Dort sei es am sichersten Ort der Welt verwahrt und werde nicht angetastet, sagen die Medien. Nun hat die unabhängige und überparteiliche Bürgerinitiative „Holt unser Gold heim!“ mit massivem politischen Druck bewirkt, dass die Deutsche Bundesbank bis zum Jahr 2020 (!) einen kleinen Prozentsatz ihres Goldes (rund 300 Tonnen) von der FED zurückerhalten soll. Doch statt der anvisierten 50 Tonnen wurden im Jahr 2013 lediglich 37 Tonnen Gold nach Deutschland zurückgeführt.

Der größte Teil dieser Lieferung stammte dabei aus Paris und nur bescheidene 5 Tonnen kamen tatsächlich aus den Lagern der FED. Verdächtig erscheint darüber hinaus, dass diese 5 Tonnen im Prozess der Auslieferung von den Amerikanern eingeschmolzen und zu neuen Barren mit „2013er-Prägung“ gegossen wurden. Es ist also jetzt nicht mehr nachweisbar, ob es sich bei diesem Gold wirklich um die damals von Deutschland eingelagerten Bestände handelt.

„Die Tatsache, dass die Rückführung des Bundesbankgolds nach Deutschland sieben Jahre dauert, anstatt sieben Wochen, ist ein Hinweis darauf, dass das Gold wahrscheinlich nicht mehr bei der Federal Reserve ist“, sagte Goldexperte James Turk im Interview mit dem Blog „King World News“. J. Turk weiter: Das Gold „wurde aus den Tresoren genommen

und heimlich, still und leise dafür genutzt, den Goldpreis unten zu halten“. In das gleiche Horn stößt der Marktanalyst Dimitri Speck. Gegenüber der Zeitung „Die Welt“ erklärt er, Gold solle (nach dem Willen der USA) als alternative Währung diskreditiert werden: „Es geht um den Erhalt des Dollar-Standards.“ Gleichzeitig weigert sich die Bundesbank, eine Barrenliste offenzulegen und verliert sich in diffusen Ausflüchten und irreführenden Erklärungen. Soll hier eines der möglicherweise größten wirtschaftspolitischen Verbrechen der Geschichte vertuscht werden?

Quellen:

www.gold-action.de/initiative.html
<http://recontr.com/2013/12/winzige-menge-deutschen-goldes-heimgeholt-nach-verdachtiger-neuschmelzung-von-barren/>
www.focus.de/finanzen/news/vermutung-wo-sind-goldreserven-verschwörung-verschwörer-vermuten-leere-goldreserven-bei-us-zentralbank-fed-9_id_3519983.html

„Wo diese Goldreserven nun genau lagern, kann ich Ihnen nicht sagen, weil ich es auch nicht weiß, es nicht wissen muss und es auch nicht wissen will.“

Kaspar Villiger, Alt-Bundesrat, auf die Frage, wo das Schweizer Nationalbank-Gold gelagert sei.

Deutschland musste bis 2010 für den Ersten Weltkrieg bezahlen

Bis zum Jahr 2010 waren die Deutschen dazu verpflichtet, den Siegermächten des Ersten Weltkrieges Unsummen zu zahlen. 1919 und 1920 begnügte man sich mit einer „Abschlagszahlung“ von 20 Milliarden Goldmark (7.168 Tonnen Gold). Im Juni 1920 forderten die Siegermächte auf der Konferenz von Boulogne 296 Milliarden Goldmark in 42 Jahresraten (106.000 Tonnen Gold). Noch im Jahr 2010

zahlte Deutschland allein für die alliierten Forderungen von 1919/1920 ca. 56 Millionen Euro an die alliierten Siegermächte. Ab 1933 verweigerte Hitler alle Zahlungen und somit war der nächste Krieg vorprogrammiert. Nach Hitler wurden 1945 die Zwangsabgaben an die Alliierten wieder eingeführt. Das deutsche Auslandsvermögen wurde beschlagnahmt, außerdem wurden die Devisenbestände

eingezogen, Warenzeichen und Patente beschlagnahmt und Demontagen vorgenommen. Allein in den letzten Jahren zahlte Deutschland weltweit folgende Wiedergutmachungen:

2005: 616,02 Millionen Euro
2006: 592,78 Millionen Euro
2007: 550,28 Millionen Euro
2008: 584,32 Millionen Euro
2009: 619,16 Millionen Euro
2010: 599,98 Millionen Euro
2011: 581,99 Millionen Euro

Quellen:

Originalartikel, UN, Unabhängige Nachrichten, Ausgabe 06/2012, S. 5
http://de.wikipedia.org/wiki/Deutsche_Reparationen_nach_dem_Ersten_Weltkrieg

Amerikanische Wiedergutmachung

Sechs Jahre nachdem zwei US-Militärpolizisten einen deutschen Familienvater zu Tode geprügelt hatten und dafür verurteilt wurden, gewährte die US-Army den Hinterbliebenen Schadensersatz: DM 1.823.--

Virenwarnung! Gegenstimmen-Internetseiten werden leider immer wieder von Hackern mit Viren verseucht. Hier schützt der S&G-Handexpress – Infos kurz, bündig und ohne Internetzugang – Tipp für alle, die dennoch auf die Links zugreifen: Nie von einem PC mit wichtigen Daten ins Internet gehen!

Sie haben eine wichtige Info? Verfassen Sie einen kurzen Hand-Express-Artikel. – Nennen Sie darin Ross und Reiter!

Quellen möglichst internetfrei! – Und senden Sie Ihren Kurzartikel an SuG@infopool.info

Opfer oder Täter – (K)ein Unterschied?!

rb. Januar 2013 in der Schweizer Stadt Zug: Zwei Schweizer werden in einer Kaffeebar von zwei jungen Männern mit Migrationshintergrund zunächst grundlos angepöbelt und unmittelbar danach tätlich angegriffen. Der eine wird durch einen Faustschlag ins Gesicht sofort bewusstlos geschlagen und danach (am Boden liegend) von den Schlägern mit Fußtritten gegen den Kopf traktiert. Der Kamerad geht mit einem Barhocker dazwischen und wendet damit weitere Verletzungen ab. So weit, so schlecht. Das noch Unfassbarere geschieht danach: Die Zuger Staatsanwältin verurteilt die Schläger zu je 9.000 CHF, die beiden Angegriffenen zu 8.050 bzw. 8.000 CHF Buße! Begründung: Beteiligung an Raufhandel und Sachbeschädigung. Nachträglich schien die Staatsanwaltschaft einzusehen, dass eine Strafe gegen das bewusstlos geschlagene Opfer unrechtmäßig war und bot diesem die Halbierung der Buße an. Die damit verbundene Auflage: ein Äußerungs-

verbot über die Geschehnisse in der Öffentlichkeit. Diesem Verbot zum Trotz wandte sich der Mann selbst an die Medien und löste damit solche Empörung aus, dass ein Kantonsparlamentarier eine Stellungnahme von der Zuger Regierung zu dieser ungerechtfertigten Verurteilung verlangte. Unter anderem fragte er, warum der Tatbestand einer versuchten vorsätzlichen Tötung von der Staatsanwaltschaft nicht geprüft wurde und wer für den Spitalaufenthalt, Arbeitsausfall und die Folgekosten des Opfers aufkommen soll. Gut, dass diese haarsträubende Ungerechtigkeit ans Licht gekommen ist! Doch wo bleibt das angemessene Zugeständnis seitens der Justiz? Halbierung des Unrechts und Schweigepflicht darüber machen das Unrecht nur größer und geben Anlass zu weit schwerwiegenderen Vermutungen.

Quellen:
Schweizerzeit, Nr. 23:
„Attackiert-verletzt-gebüsst“, S. 5,6
www.schluer.ch/aktuell/presseartikel/archiv-2013/attackiert---verletzt---gebuesst.html

**Erfolg für Lebensschützer:
USA-Bundesstaaten erschweren Abtreibungen**

kgr. Der unermüdliche Kampf der Lebensrechtsorganisationen in den USA trägt seine Früchte. Seit Mai 2013 geriet das Abtreibungsrecht „Roe versus Wade“ von 1973 immer mehr unter Druck. Heute weichen dieses Recht nunmehr 40 Anti-Abtreibungsgesetze in 29 Bundesstaaten auf. Die Staaten erschweren z.B. die Abtreibungen durch zusätzliche Forderungen oder verkürzen die Abtreibungsfristen, um die werdenden Mütter zur Aufgabe ihres Vorhabens zur Kindstötung zu bewegen. Hier einige Beispiele (Stand Mai 2013):

- In Louisiana müssen schwangere Frauen Ultraschallaufnahmen ihrer Kinder ansehen und werden über Schmerzempfindungen des Fötus aufgeklärt.
- Die Regierung von North Dakota verbietet Abtreibungen nach der sechsten Woche.

- Im Bundesstaat Delaware werden keine chirurgischen Abtreibungen mehr angeboten.
- In Virginia müssen Abtreibungskliniken dieselben Standards wie öffentliche Krankenhäuser erfüllen. Das zwingt viele der mehr als 20 Abtreibungskliniken zur Schließung.
- Der Bundesstaat Arkansas erschwert Abtreibungen nach der 12. Woche massiv. Bei hörbaren Herztönen im Zuge von obligatorischen Ultraschalluntersuchungen wird eine Abtreibung verweigert. Trotz einiger Rückschläge sind die Abtreibungsgegner in den USA auf dem Vormarsch und konnten insgesamt eine deutliche Verbesserung des Lebensschutzes ungeborener Kinder erreichen. Dranbleiben lohnt sich!

Quelle:
Zeitschrift „Junge Freiheit“
Nr. 21/13 vom 17.5.2013
„Kampf gegen Kindstötung“, S. 12

„Politik machen: den Leuten so viel Angst einjagen, dass ihnen jede Lösung recht ist.“
Wolfram Weidner, deutscher Journalist

Sind die Schweizer Rassisten?

mab. Trotz massiver Angstkampagne und Androhungen von Seiten der EU, des Schweizer Bundesrates und der großen Wirtschaftsverbände hat eine knappe Mehrheit des Schweizer Volkes am 9.2.2014 JA gesagt zur Initiative gegen die weitere Masseneinwanderung von EU-Bürgern. Die Reaktionen darauf waren im In- und Ausland zum Teil sehr heftig. So haben am Abstimmungsontag in mehreren großen Schweizer Städten Gegner aus Wut über die Annahme der Initiative demonstriert und dabei in Zürich auch vereinzelte Sachschäden von mehreren tausend Franken angerichtet. In Deutschland sagte der Rechtspopulismus-Forscher Alexander Häusler, dass das Votum kurz

vor der Europawahl ein „fatales Signal“ sei. Zitat: „Das Schweizer Votum droht eine Art von basisdemokratischem Persilschein für rassistische Kampagnen zu werden.“ Für Häusler haben demnach 50,3 % der Abstimmenden eine rassistische Kampagne unterstützt! Ist die Schweiz deswegen ein Volk von Rassisten und Menschenhassern? Oder hat sie dem nicht zu verleugnenden Problem der maßlosen Zuwanderung einfach mal nüchtern in die Augen geschaut? Gegenüber der massiven Kritik über das Abstimmungsresultat gab es durchaus auch Lob an die Adresse des Schweizer Souveräns. So etwa vom EU-Abgeordneten Nigel Farage, der sagte: „Wunderbare




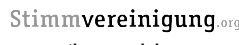


Nachrichten für die nationale Souveränität und die Freiheitsliebenden in ganz Europa. Die weise und starke Schweiz ist aufgestanden gegen die Drangsalierungen und Bedrohungen der Brüsseler Bürokraten.“ Es sei toll, dass die Schweizer nun selbst entscheiden könnten, wie viele Leute sie einladen wollen, in ihr Land zu kommen. Farage ist überzeugt: „Wenn die Briten darüber abstimmen dürften, wäre das Ergebnis das gleiche – aber es wäre ein Erdbebensieg.“ Wünschen wir den Völkern Europas, dass sie künftig auch über Dinge abstimmen dürfen, die in das alltägliche Leben derart einwirken wie z.B. die maßlose Einwanderung von ausländischen Arbeitskräften.

Quellen:
www.handelsblatt.com/politik/international/schweizer-votum-persilschein-fuer-rassistische-kampagnen/9457338.html
www.derbund.ch/schweiz/standard/Abstimmungsresultat-treibt-Hundertert-auf-die-Strasse/story/29631380

Schlusspunkt •
„Bleiben wir also bei der Stange und lassen uns durch nichts von unserem Vorhaben abbringen! Was uns noch zu tun bleibt, ist mehr, als was wir bereits hinter uns haben; doch ein Großteil des Fortschritts beruht darauf, den Willen zum Fortschritt zu haben. Dessen aber bin ich mir gewiss, dass ich will, und zwar mit ganzer Seele.“
Seneca, römischer Philosoph

Beziehen Sie Ihre S&Gs bereits von einem „internetunabhängigen Kiosk“? Wenn nein, dann bitte melden unter SuG@infopool.info zur Vermittlung. Bitte selbst mindestens 3x kopieren und von Hand zu Hand weitergeben!

Evtl. von Hackern attackierte oder im Internet verschwundene Quellen sind in den S&G-Archiven gesichert.

<p>Impressum: 28.2.14 S&G ist ein Organ klarheitsuchender und gerechtigkeitsliebender Menschen aus aller Welt. Ihre Artikel erhält sie von ihrer Leserschaft. Sie kommt, wann sie kommt, und es bestehen keinerlei kommerzielle Absichten.</p>	<p>Verantwortlich für den Inhalt: Jeder Schreiber, Zeuge oder Verfasser sowie jeder, der eine Quelle angibt, ist nur für sich selbst verantwortlich. S&G-Inhalte spiegeln nicht unbedingt die Sichtweise der Redaktion wider. Redaktion: Ivo Sasek, Verlagsadresse: Nord 33, CH-9428 Walzenhausen</p>	<p>Auch in den Sprachen: ENG, FRA, ITA, SPA, RUS, HOL, HUN, RUM, ISL, ARAB, UKR, TUR, SWE, LIT Abonnentenservice: www.anti-zensur.info Deutschland: AZZ, Postfach 0111, D-73001 Göppingen Österreich: AZZ, Postfach 61, A-9300 St. Veit a. d. Glan Schweiz: AZZ, Postfach 229, CH-9445 Rebstein</p>
		
www.anti-zensur.info	www.klagemauer.tv	www.panorama-film.ch
		
www.stimmvereinigung.org		www.agb-antigenozidbewegung.de
		www.sasek.tv